

**Beschlüsse**  
der ordentlichen  
Bundeskonferenz der Arbeits-  
gemeinschaft SPD 60plus

vom 16. bis 17. Oktober 2024

in Berlin

# Antragsübersicht

## Inhaltsverzeichnis

### L - Leitanträge

L01 Leitantrag	12
----------------	----

**A - Altenhilfe**

Alt01	Altenhilfe nach §71 SGB XII: Einheitlich anwenden und verbindlich umsetzen	17
Alt02	Weiterentwicklung der quartiersbezogenen kommunalen Altenhilfe	17
Alt03	Seniorenmitwirkungsgesetze in den Ländern	18
Alt04	Altenhilfestrukturen in den Ländern	18
Alt05	Altenhilfe SGB XII, §71	18

**Au - Außenpolitik**

Au01	Ukrainekrieg: Friedensverhandlungen anstreben!	19
Au03	Beitritt der Bundesregierung zum Atomwaffenverbotsvertrag	19
Au04	„Gazakrieg“	20

**Dig - Digitalisierung**

Dig01	Keine Ausgrenzung durch digitalen Zwang	20
Dig02	Medienkompetenz ausbauen	20
Dig03	Fahrkartensysteme seniorenrecht gestalten	21
Dig07	Digitalisierung	21

## **K - Klima**

K01	Klimaschutz, Tempobegrenzung auf deutschen Autobahnen	21
K02	Der Klimawandel beschleunigt sich – Der Umstieg auf regenerative Energien muss intensiviert und beschleunigt werden.	22
K03	Keine Erhöhung der CO2 Bepreisung	23

**M - Mobilität**

M01	Bessere Teilhabe: Einführung von Seniorentickets	24
M02	Einführung EU Behindertenausweis	24
M03	Elektrokleinfahrzeuge	24
M04	Benzinpreise nur noch einmal täglich erhöhen	24
M05	Barrierefreie Apotheken, Arztpraxen und barrierefreie Behandlung	25
M06	Deutschlandticket verstetigen	25

**Org - Organisationspolitik**

Org01	Grundsätze und Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften in der SPD	26
Org02	Berichterstattung zum Arbeitsstand der angenommenen und beschlossenen Anträge durch den PV	26
Org03	Statutenänderung	26

**P - Pflege**

P02	Pflege neu denken	27
P04	Pflege-Bürgerversicherung jetzt!	27
P05	Transparenz der Kosten in Pflegeeinrichtungen herstellen	28
P06	Senkung der Kostenexplosion in der stationären Pflege	28
P07	Förderung von Pflegegenossenschaften	28
P01	Erstellung eines „Masterplans Pflege“	29

**R - Rente**

R02	Umlagefinanziertes Rentensystem erneuern und nach österreichischem Vorbild umbauen, zur sozialgerechten Altersversorgung und Verhinderung von Altersarmut	35
R03	Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner	36
R05	Finger weg von der Rentenversicherung	36
R06	Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung	37
R07	Rente	37

**St - Steuerpolitik**

St01	Gerechte Steuern	38
St02	Ehrenamtszuschale auch für politische Arbeit	39
St03	Reduzierung der Mehrwertsteuer für Strom und Gaslieferungen	39
St04	Das Ehrenamt stärken	39
St05	Besondere Rolle der Sparkassen - Erinnerung an das Gemeinwohl	40

**W - Wohnen**

W01 Die Landes-AG60plus fordert, dass der soziale und altersgerechte Wohnungsbau sowie das Mehrgenerationswohnen gestärkt wird. 40

## Antrag L01: Leitantrag

Antragsteller*in:	SPD 60 plus Bundesvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	L - Leitanträge

- 1 Unser Leitantrag, den wir auf der vergangenen Konferenz 2022 beschlossen haben, war  
2 der erste Schritt auf einem langen Weg. Vieles wurde noch nicht aufgegriffen, einiges  
3 ist auf gutem Wege oder in der Realisierung. Unser Leitantrag 2022 ist also noch sehr  
4 aktuell. Deshalb greifen wir hier nur wenige Punkte zur Verstärkung, Erinnerung und  
5 Ergänzung auf.
- 6 Die Bundesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 Plus möge beschließen,  
7 auf dem kommenden Bundesparteitag der SPD folgenden Antrag einzubringen, der als eine  
8 Grundlage für die nächsten Koalitionsverhandlungen dienen soll.
- 9 Auf eine Detaildarstellung, beziehungsweise die Erläuterung notwendiger  
10 Regelungsanpassungen, wie etwa der Neujustierung der Beiträge für die  
11 Sozialversicherungen und der Anpassung steuerlicher Zuschüsse beispielsweise im  
12 Kontext versicherungsfremder Leistungen wird hier verzichtet, weil zwar keiner der  
13 nachfolgenden Vorschläge einerseits neu ist, andererseits aber keiner dieser  
14 Vorschläge in Koalitionsverhandlungen eine maßgebliche Rolle gespielt hat – wir  
15 wollen aber, dass auch die großen Systemfragen zur Zukunftssicherung der sozialen  
16 Sicherung – Rente, Gesundheit, Pflege – in Koalitionsverhandlungen eingebracht  
17 werden.
- 18 Altersvorsorgesystem
- 19 Das bisherige zersplitterte Altersvorsorgesystem wird im Verlauf des ersten  
20 Regierungsjahres der kommenden Legislaturperiode auf ein System der  
21 Erwerbstätigenversicherung umgestellt, in das alle Erwerbstätigen einzahlen und aus  
22 dem künftig alle dann Anspruchsberechtigten eine Altersversorgung erhalten.  
23 Ergänzende betriebliche oder echte private oder geförderter kapitalgedeckte  
24 Altersvorsorge oder Versicherungen bleiben – alte Rechtsansprüche – davon unberührt.  
25 Geförderte Kapitaldeckung in der Altersvorsorge wird zurückgefahren.
- 26 Krankenversicherungssystem
- 27 Das bisherige, in zwei Systemen – gesetzlich und privat - organisierte  
28 Krankenversicherungssystem wird in der kommenden Legislaturperiode auf eine  
29 Bürgerversicherung umgestellt. Darüber hinaus gehende zusätzliche private  
30 Versicherungen sind weiterhin möglich, aber nicht öffentlich gefördert.
- 31 Pflegeversicherungssystem
- 32 Das bisher in weiten Teilen unterfinanzierte Pflegeversicherungssystem wird in der  
33 kommenden Legislaturperiode auf ein System der Pflegevollversicherung umgestellt.
- 34 Inflationsausgleich auch für Renten
- 35 Die respektlose Regelung, die Pensionen mit dem Inflationsausgleich von 3.000 €  
36 anteilig anzuheben und gleichzeitig die Renten von dieser Regelung auszunehmen, muss  
37 durch einen Gesetzentwurf, den die SPD-Bundestagsfraktion in Abstimmung mit den  
38 Koalitionspartnern einbringt, korrigiert werden. Aus fiskalischen Gründen ist es  
39 sinnvoll, sowohl bei den Pensionen als auch bei den Renten eine einkommensabhängige

40 Regelung zu treffen.

41 Rentenüberleitung für ehemalige DDR-Rentnerinnen und Rentner korrigieren

42 Der schwere Fehler der CDU CSU und FDP bei der Rentenüberleitung für ehemalige DDR-  
43 Rentnerinnen und Rentner, Anfang der Neunzigerjahre, durch den noch immer viele  
44 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus 17 Berufsgruppen nach Eintritt in den  
45 Ruhestand stark benachteiligt sind und ungerecht behandelt werden, muss durch einen  
46 Gerechtigkeitsfond für alle Rentnerinnen und Rentner aus diesen Berufsgruppen  
47 korrigiert werden.

48 Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland – in Land und Stadt

49 Trotz einer sehr langen wirtschaftlichen Wachstumsphase hat sich die  
50 „sozioökonomische Ungleichheit in Deutschland“ in den vergangenen Jahren verfestigt  
51 Auch wenn sich die Vermögensunterschiede drastisch zu Gunsten der Vermögenden  
52 verschoben haben und die Einkommen noch immer extreme Unterschiede aufweisen – hier  
53 geht es viel mehr um die Ausstattung der Kommunen mit sozialer und technischer  
54 Infrastruktur, die gegenwärtig, auch in Folge unterschiedlicher Finanzkraft der  
55 Kommunen und Investitionshilfen der Länder und des Bundes, räumlich sehr ungleich  
56 verteilt sind. Dies alles zeigt schon der Disparitäten Bericht 2019.

57 Wir wollen im nächsten Wahlprogramm und den nächsten Koalitionsverhandlungen, als  
58 ersten Schritt, dass Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz geändert, also gleichwertige  
59 Lebensverhältnisse in Deutschland gesetzlich fest verankert werden. Wir denken dabei  
60 einerseits an den Paragraphen 71 im SGB XII, dessen Inhalt – was in einer Kommune für  
61 die Älteren damit für alle Bürger zu tun wäre – zu einer Pflichtaufgabe zu machen und  
62 zweitens hinsichtlich der regionalen Daseinsvorsorge an eine indikatorengestützte  
63 Regionalisierung bei der Förderung der Regionen.

64 Migrantinnen, Migranten und Beschäftigung

65 Noch niemals gab es in Deutschland mehr Erwerbstätige als im Moment: 46 Millionen.  
66 Davon einige Millionen Arbeitnehmer in (oft prekären) Sonderarbeitsformen  
67 (Leiharbeit, Zeitarbeit, Minijob, ...). Gleichwohl fehlt es an allen Ecken und Enden.  
68 Es gibt zu wenige Altenpflegerinnen und -pfleger es gibt zu wenige Krankenschwestern  
69 und Krankenpfleger, in fast allen Gewerken gibt es zu wenige Handwerkerinnen und  
70 Handwerker. Es gibt zu wenige Lehrer, zu wenige Ärzte, zu wenige Lokomotivführer, in  
71 der Gastronomie fehlen Köche und Servicekräfte.

72 Mit einem riesigen Verwaltungsapparat in einem komplizierten Gestrüpp aus  
73 Rechtsvorschriften, folgen wir einer primitiven Ausländerfeindlichkeit unter dem  
74 Deckmantel, uns vor der sehr kleinen Zahl Faulen, Gaunern und Kriminellen schützen zu  
75 wollen und davor, dass andernfalls „die halbe Welt“ zu uns käme.

76 Gleichzeitig haben wir offensichtlich keine Probleme in unserem Rechtsstaat eine  
77 riesige Schar an Schwarzarbeitgebern und Schwarzarbeit zu dulden.  
78 Schwarzarbeitgeberinnen und Schwarzarbeitgeber wie auch Schwarzarbeiterinnen und  
79 Schwarzarbeiter hinterziehen Steuern und Sozialabgaben und am schlechten Ende  
80 degeneriert dieses System illegal beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,  
81 gesundes Rechtsempfinden und produziert Altersarmut.

82 Die Arbeitsgemeinschaft der SPD 60 Plus will hier die Gelassenheit etwas neu  
83 verteilen und schlägt vor, alle Migranten (Wanderer) unmittelbar auszubilden und in

84 Beschäftigung zu bringen, um uns zu helfen, die großen Lücken im Arbeitsmarkt zum  
85 beiderseitigen Vorteil auszufüllen.

86 Hinsichtlich der weitverbreiteten Schwarzarbeit bei Schwarz Arbeitgebern wollen wir  
87 eine Kampagne, die hier das Unrechtsbewusstsein schärft, um die gemeinschaftlichen  
88 Nachteile wie fehlende soziale Absicherung und Steuerhinterziehung, wie auch die  
89 subjektiven Nachteile, etwa Altersarmut zu überwinden. Gelegentliche Kontrollen wären  
90 von Vorteil.

91 Nachfolgeregelung des Dublin-Verfahrens - Herkulesaufgabe

92 Das Dublin-Verfahren regelt seit 1993, welcher EU-Mitgliedstaat für ein Asylverfahren  
93 zuständig ist. Jeder Asylantrag soll „materiell-rechtlich nur durch einen Staat“ (dem  
94 ersten Ankunftsstaat) geprüft werden, um Sekundärwanderung innerhalb Europas zu  
95 steuern und zu begrenzen. Nachdem ein Antrag auf Asyl bei einer Außenstelle des  
96 Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder im zuständigen Ankunftszentrum  
97 gestellt wurde, werden der zuständig Mitgliedstaat festgestellt und mögliche  
98 Abschiebungshindernisse geprüft. Da Deutschland keine EU-Außengrenzen hat, also alle  
99 Flüchtlinge, sofern sie nicht auf dem Luftweg einreisen, in anderen Ländern zuerst  
100 ankommen, konnte sich Deutschland viele Jahre auf dem Rücken anderer Länder ausruhen  
101 – Merkel hatte Dublin – bis das System 2015 überspannt wurde. Und mit den schönen  
102 Worten „wir schaffen das“, war zwar viel gesagt, aber nichts getan. Darunter leiden  
103 viele Flüchtlinge noch heute, Gemeinden geraten unter Druck und Rechtsextreme  
104 missbrauchen die Sorgen vielen Leute für ihre menschenfeindlichen Parolen.

105 Das Dublin-Verfahren ist zusammengebrochen und nun müssen Nachfolgeregierungen in  
106 Europa die Migration aus außereuropäischen Ländern neu verhandeln. Rechtsstaatlich und  
107 human – eine Herkulesaufgabe.

108 Friedenspartei – unser Vorschlag: „Mehr Diplomatie wagen“

109 Die USA werden atomwaffenfähige Marschflugkörper in Deutschland stationieren, die das  
110 russische Radar unterfliegen können und eine große Reichweite haben. Die Mitteilung  
111 aus den USA kam ohne die Möglichkeit einer breiteren Debatte in unserer Gesellschaft,  
112 nicht einmal unser Parlament wurde gefragt, ob es die Stationierung von  
113 atomwaffenfähigen Marschflugkörpern in Deutschland begrüßt, erlaubt oder ablehnt.

114 Unser Präsidium schreibt von „Vereinbarung“ der SPD-geführten Regierung mit der US-  
115 Administration und beschließt am 12. August 2024 – als ob dies die einzig mögliche  
116 „Reaktion“ auf die plötzlich entdeckten Entwicklungen der vergangenen Jahre sei:  
117 „Dieser Schritt ist eine Reaktion auf den eklatanten Völkerrechtsbruch Russlands in  
118 der Ukraine und trägt der Bedrohung Europas durch die massive russische Aufrüstung  
119 der vergangenen Jahre gerade im Bereich der Raketen mittlerer Reichweite Rechnung.“

120 Während wir im Zusammenhang mit russischen Iskander-Raketen in Kaliningrad oft von  
121 einer Verteidigungslücke hören, erfahren wir recht wenig von der Raketenabwehr der  
122 NATO – denn die Vereinigten Staaten haben beispielsweise längst Aegis-Ashore-Anlagen  
123 auf osteuropäischen [Militärflugplätzen installiert: Deveselu](#) in Rumänien [und Stupsk-](#)  
124 [Redzikowo](#) in Polen.

125 Aber die AG SPD 60 plus sieht Alternativen, die militärisch eindimensional Denkende  
126 als naiv und lächerlich abtun können: der Plan beispielsweise, Luftabwehrraketen zu  
127 stationieren, die der Verteidigung dienen, der Landes- und Bündnisverteidigung.

128 Auch wenn es nicht der militärischen Logik entspricht, sowohl das Einfrieren eines  
129 Konfliktes schafft Raum für Friedensverhandlungen als auch der Stopp von  
130 Kampfhandlungen bzw. eine Waffenruhe. Aber Friedenspolitik braucht Diplomatie,  
131 braucht Reden, braucht Austausch und Erklärung, braucht Geld für Entwicklungspolitik  
132 und Friedensarbeit. Unsere Regierung muss also neben der Aufrüstungsoffensive zur  
133 Landes- und Bündnisverteidigungsfähigkeit eine diplomatische Verhandlungsoffensive  
134 starten. Hier könnte sich die Beschäftigung einiger hundert Diplomaten auszahlen.

135 Wir begrüßen die jüngsten Äußerungen bzw. Vorhaben unseres Kanzlers, sich um eine  
136 weltumspannende Friedenskonferenz zu kümmern und auch die Russische Föderation  
137 einzuladen. Diese Vorhaben entsprechen unserem lang gehegten Vorschlag „mehr  
138 Diplomatie wagen“.

139 Mit Willy Brandt: „Wir brauchen in Deutschland nicht mehr Mittel zur  
140 Massenvernichtung, wir brauchen weniger.“ Wir müssen die alten Pfade „Abschreckung  
141 durch Wettrüsten“ verlassen.

142 Wir müssen schon deshalb einen neuen Pfad zum Frieden suchen, weil Militärstrategen,  
143 die eindimensional in militärischen Kategorien denken, versagt haben:

144 • Unter Putins Führung wurde die Ukraine überfallen – Putins „Strategie“ mit einem  
145 Blitzkrieg die Ukraine mit Waffengewalt zu unterwerfen, ist gescheitert.

146 • Die Strategie „des Westens“, mit Waffengewalt das Ziel „Putin darf nicht  
147 gewinnen“ zu erreichen, ist nach zweieinhalb Jahren gescheitert. Waffen und  
148 gleichzeitig Prothesen für amputierte Beine zu liefern, zeigt den ganzen  
149 Zynismus.

150 • Die Strategie, Deutschland und „der Westen“ verhängen Sanktionen, auf dass die  
151 russische Wirtschaft kriegsunfähig und Putin international isoliert werden, ist  
152 gescheitert.

153 Keine dieser „Strategien“ hat ihre Ziele erreicht – aber Ergebnisse: Tausendfacher  
154 Tod, tausendfache Invalidität, Zerstörung von Infrastruktur, Wohnhäusern,  
155 Krankenhäusern, Extrembelastung von Natur, Umwelt und Klima. Und Deutschland  
156 importiert Fracking-Gas aus den USA. Menschlich ein Desaster, ökonomisch ein  
157 Desaster, ökologisch ein Desaster.

158 Keine Unterstützung von Rechtsextremismus – Zweistaaten: Israel und Palästina

159 In kaum einer Rede fehlt der „Kampf gegen Rechtsextremismus“. Konkret wäre das etwa:  
160 gut vorbereitetes Verbotsverfahren rechtsextremer Zeitschriften, Onlineplattformen  
161 und Parteien zum Schutz unserer Gesellschaft, der Verfassung und damit der  
162 Demokratie. Wir denken an Carlo Schmid: „Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt  
163 einer bloßen Zweckmäßigkeitentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für  
164 die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann  
165 muss man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie  
166 gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

167 Gut ist schon die Verurteilung extremistischer Straftäterinnen und Straftäter, damit  
168 unser Land sicherer ist, gut wäre auch noch besser über rechte Gewalt und die Folgen  
169 rechtsextremer Politik aufzuklären. Rechtsextremismus endet in Unterdrückung, der  
170 Abschaffung des Rechtsstaates, in Gewaltherrschaft, Entmenschlichung und hat die  
171 Eigenschaft, dass erst dann alle merken, was passiert, wenn es zu spät ist.

172 Wir „bekämpfen“ die Rechte, Rechtsextremismus. In Deutschland. Aber wir unterstützen  
173 eine rechtsextreme israelische Regierung, Premier Benjamin Netanyahu, Finanzminister  
174 Bezalel Smotrich, Minister für Nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir – ein  
175 rechtsextremes Gruselkabinett. (In diesem Kabinett ist übrigens Antisemitismus zu  
176 finden, denn solche Leute zerstören Israel, zerstören den Glauben an jüdischen  
177 Glauben – mit dem Ziel des persönlichen Machterhalts. Purer Egoismus.)

178 Deutschland liefert einerseits Waffen an Israel (Netanyahu, Smotrich, Ben-Gvir) zu  
179 Händen einer rechtsextremen Regierung und andererseits Nahrung und medizinische  
180 Hilfsmittel an die Palästinenser in Gaza. Dabei ist die Besetzung von Ost-Jerusalem,  
181 der Westbank und Gaza rechtswidrig und statt Waffenlieferungen wäre ein verschärfter  
182 Einsatz für eine Zweistaatenlösung von Nöten – das bedeutet, sich für das  
183 Existenzrecht sowohl von Israel als auch Palästina einzusetzen.

184 Den Vorwurf, Antisemitismus sei dort, wo die Politik dieser Netanyahu-Regierung  
185 verurteilt wird, dort, wo der Siedlerterrorismus im Westjordanland verurteilt wird,  
186 lassen wir nicht gelten. Dieser Vorwurf kommt in unterschiedlichen Gewändern von  
187 „Betroffenheit“ und „Bedrohungsängsten“ – in Deutschland – und soll von der  
188 Brutalität der israelischen Regierung und dem Siedlerterror im Westjordanland  
189 ablenken. Nein: weder können die Hamas von ihrer Brutalität am 7. Oktober ablenken,  
190 noch kann die israelische Regierung davon ablenken, dass sie völkerrechtswidrig und  
191 brutal agiert.

192 Nach dem terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 führt Israel (Premier  
193 Benjamin Netanyahu, Finanzminister Bezalel Smotrich, Minister für Nationale  
194 Sicherheit Itamar Ben-Gvir) im Gazastreifen einen Krieg, nennt ihn  
195 „Vergeltungsmaßnahmen“, verschärft die Blockade. Die Menschen hungern, flüchten in  
196 Zeltlager, die anschließend bombardiert werden. Die Zahl der Todesopfer geht in die  
197 Zehntausende, darunter viele Kinder. Dabei ist die Zahl der Menschen, die an Hunger,  
198 Krankheiten oder fehlender medizinischer Behandlung starben, unbekannt.

199 Gleichzeitig eskaliert die Gewalt von Siedlern (im Schutz des israelischen Militärs)  
200 im Westjordanland. Menschen werden aus ihren Häusern vertrieben oder umgebracht.  
201 Außerdem werden israelische Angriffe auf den Libanon und Syrien ausgeweitet – zur  
202 Unterstützung der Palästinenser greift die libanesische Hisbollah Ziele in Israel an.  
203 Schiitische Milizen greifen die US-Armee in Syrien und Irak an – als Vergeltung für  
204 die US-Unterstützung Israels. Kriegslogik führt zum Flächenbrand. Die Bombardements,  
205 beispielsweise einer Schule, weil sich dort Hamas-Führer verbergen sollen, ruft den  
206 Iran auf den Plan. Die Spirale der Gewalt dreht sich immer schneller, die Anzahl der  
207 Angriffe steigt und steigt.

208 Weder die „Strategie“ der Hamas Terroristen noch die Strategie der rechtsextremen  
209 Führung Israels haben ihre Ziele erreicht – aber sie haben ein Ergebnis:  
210 Tausendfacher Tod, tausendfache Invalidität, Zerstörung von Infrastruktur,  
211 Wohnhäusern, Krankenhäusern, Extrembelastung von Natur, Umwelt und Klima,  
212 tausendfache Flucht und Vertreibung.

213 Wer Tod und Zerstörung als Ziel ausschließt, muss feststellen, dass die bisherigen  
214 Strategien der Militärs auf allen Seiten gescheitert sind. Weder die Aufrüstung  
215 Russlands, noch die Aufrüstung der Ukraine, weder die Kriegseskalation Israels, noch  
216 die Verlängerung der Geiselnahme durch die Hamas-Terroristen, waren ein Schritt in  
217 Richtung Frieden.

218 Und wie klug ist es in dieser Lage, am Merkel-Begriff „Staatsräson“ gegenüber Israel  
219 festzuhalten? Gerade mit Blick auf die Opposition in Israel sehen wir den Unterschied  
220 zwischen Israel und israelischer Regierung, die um Haaresbreite an der Abschaffung  
221 des Rechtsstaates vorbeigeschlittert ist. Die rechtsextreme Regierung tötet nicht nur  
222 mit deutschen Waffen, nein, sie bekommen auch noch unsere „Staatsräson“.

223 Weil rechtsextreme Mitglieder der israelischen Regierung ihre Macht-Interessen mit  
224 den Interessen von Israel gleichsetzen, wird jede Kritik an dieser rechtsextremen  
225 Regierung als antisemitisch zurückgewiesen – als der „neue Antisemitismus von links“?

226 Diese zynische Logik lehnen wir ab und sind solidarisch mit der israelischen  
227 Friedensbewegung und den israelischen Demonstranten für die Freilassung der Geiseln  
228 in den Händen der Hamas.

229 Der brutale Überfall des terroristischen Flügels der Hamas kann nur mit der  
230 Bekämpfung von Terrorismus und dem Schutz der israelischen Bevölkerung vor  
231 Terrorismus beantwortet werden. Menschliche Schutzschilder sind perfide, aber ob die  
232 Zerstörung ganzer Landstriche, die Tötung von Zivilisten, Frauen und Kindern in Gaza  
233 noch irgendwie zu unserer Staatsräson gegenüber Israel passt, müssen wir bezweifeln.  
234 Auch der internationale Gerichtshof und viele Länderregierungen bezweifeln dies.

235 Nach der Verurteilung des Hamas-Terrors am 7. Oktober 2023 und Forderung alle Geiseln  
236 freizulassen, muss unsere Antwort auf die Politik der Regierung Netanjahu erstens die  
237 Forderung sein, das flächendeckende Morden und die Zerstörung von in Gaza zu beenden  
238 und zweitens die Forderung alle Geiseln freizulassen und drittens die Forderung einer  
239 Zweistaatenlösung.

240 Wir sehen das Leid auf beiden Seiten und eine (schwierige) Lösung in einer  
241 Zweistaatenlösung. Das wäre alle diplomatischen Anstrengungen wert. Wir schlagen als  
242 ein Signal von Deutschland an die Welt vor, ein Sondervermögen von drei Milliarden  
243 für den Friedens- und Aufbauprozess in Israel/Palästina einzustellen.

## **Antrag Alt01: Altenhilfe nach §71 SGB XII: Einheitlich anwenden und verbindlich umsetzen**

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesverband Brandenburg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Altenhilfe

1 Altenhilfe ist eine Sollvorschrift und damit keine Pflichtaufgabe der Landkreise und  
2 kreisfreien Städte. Altenhilfeplanung muss deshalb im Rahmen integrierter  
3 Planungsansätze bundesweit landesrechtlich verbindlich gemacht werden

## **Antrag Alt02: Weiterentwicklung der quartiersbezogenen kommunalen Altenhilfe**

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Altenhilfe

1 Der SPD-AG 60plus Bundeskongress 2024 in Berlin möge beschließen:

- 2 Die SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert, sich für
- 3 eine Weiterentwicklung und Qualifizierung der quartiersbezogenen Altenhilfe
- 4 entsprechend den Empfehlungen des „Deutschen Vereins für öffentliche und private
- 5 Fürsorge e.V.“ zur Umsetzung 11 des § 71 Sozialgesetzbuch (SGB) XII vom 20. März 2024
- 6 einzusetzen.

### Empfänger\*in(nen)

SPD-Parteivorstand

SPD-Landtagsfraktionen der Länder

SGK Bund

## Antrag Alt03: Seniorenmitwirkungsgesetze in den Ländern

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Altenhilfe

- 1 Der AG SPD 60 plus Bundeskongress 2024 in Berlin möge beschließen:
- 2 Die SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert sich dafür
- 3 einzusetzen, dass in den Ländern Seniorenmitwirkungsgesetze verabschiedet werden
- 4 (wenn nicht schon geschehen).

### Empfänger\*in(nen)

SPD-Parteivorstand

SPD-Landtagsfraktionen der Länder

## Antrag Alt04: Altenhilfestrukturgesetze in den Ländern

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Altenhilfe

- 1 Der AG SPD 60 plus Bundeskongress 2024 in Berlin möge beschließen:
- 2 Die SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert sich dafür
- 3 einzusetzen, dass in den Ländern ein Altenhilfestrukturgesetz verabschiedet wird.

### Empfänger\*in(nen)

SPD-Parteivorstand

SPD-Landtagsfraktionen der Länder

## Antrag Alt05: Altenhilfe SGB XII, §71

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD 60 plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Altenhilfe

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Altenhilfe einen  
2 gleichwertigen Anspruch wie die Jugendhilfe erhält. Hierzu bedarf es einer Änderung  
3 im Sozialgesetzbuch XII (SGB XII). Im SGB XII, § 71 wird das Wörtchen „soll“ durch  
4 das Wörtchen „muss“ ersetzt.

## Antrag Au01: Ukrainekrieg: Friedensverhandlungen anstreben!

Antragsteller*in:	Landesverband Saar
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Au - Außenpolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus teilt die Auffassung des Vorsitzenden der SPD-  
2 Fraktion im Deutschen Bundestag, Rolf Mützenich, dass man – unter Beteiligung beider  
3 Kriegsparteien und auch vermittelnder Dritter (ggfls. China) über „... ein Einfrieren  
4 des Ukrainekriegs reden muss“.
- 5 Um Fehlinterpretationen zur Forderung „Einfrieren des Krieges“ vorzubeugen stellt die  
6 Bundeskonferenz der AG 60 plus klar, dass damit nicht die einseitige, bedingungslose  
7 Einstellung der Kampfhandlungen einhergeht. Vielmehr ist die Forderung zu verstehen  
8 als Aufruf zu Verhandlungen mit dem Ziel zunächst zeitlich befristeter lokaler  
9 (beiderseitiger) Waffenruhen und humanitärer Feuerpausen, dabei gleichzeitiger  
10 diplomatischer Aktivitäten bzw. Verhandlungen mit dem Ziel eines generellen  
11 Waffenstillstandes bzw. der Beendigung des Krieges.
- 12 Angesichts der täglich zu beklagenden Kriegsopfer und gewaltigen Zerstörungen,  
13 gleichzeitig dem nach zweieinhalb Jahren Krieg kaum noch zu leugnenden Sachverhalt  
14 (daran hat sich auch 7 Monate nach der Äußerung Mützenichs wenig geändert), dass der  
15 Krieg durch die Ukraine nicht zu gewinnen ist, ist es nach Auffassung der  
16 Ordentlichen Bundeskonferenz der AG 60 mehr als berechtigt zu fragen, ob es „... an der  
17 Zeit ist, nicht nur darüber zu reden, wie man einen Krieg führt, sondern auch darüber  
18 nachdenkt, wie man einen Krieg einfrieren und später auch beenden kann!“ (Mützenich).
- 19 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus ist mit Rolf Mützenich der Auffassung, dass „...  
20 zeitlich befristete lokale Waffenruhen und humanitäre Feuerpausen ermöglicht werden  
21 sollten, die überführt werden können in eine beständige Abwesenheit militärischer  
22 Gewalt,“ und dass vor allem China davon überzeugt werden muss, „... dass die  
23 Volksrepublik ein existenzielles und wirtschaftliches Interesse hat, stärker im von  
24 Russland zu verantwortenden Krieg diplomatisch aktiv zu werden (...) Die Optionen, wie  
25 ein militärischer Konflikt beendet werden kann, die werden am Ende politische sein.“  
26 (Mützenich)
- 27 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus ist der Auffassung, dass die bisher verfolgte  
28 Politik der Erwartung eines „Sieges“ der Ukraine über Russland hinterfragt werden und  
29 abgewogen werden muss mit den Kosten an weiteren Menschenleben und Zerstörungen  
30 ganzer Landstriche, des Weiteren der Gefahr eine Ausweitung des Krieges bis hin zu  
31 einem Dritten Weltkrieg und atomarer Verwüstung.

## Antrag Au03: Beitritt der Bundesregierung zum Atomwaffenverbotsvertrag

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD 60 plus Landesverband Sachsen
<b>Status:</b>	überwiesen
<b>Sachgebiet:</b>	Au - Außenpolitik

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Bundesregierung zum Beitritt in den
- 2 Vertrag zum Verbot aller Atomwaffen (AVV) zu bewegen.

## Empfänger\*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag Au04: „Gazakrieg“

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesverband Saar
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	Au - Außenpolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der AG SPD 60 plus fordert die politischen Entscheidungsorgane
- 2 dazu auf darauf hinzuwirken, dass Israel die Besetzung der palästinensischen,
- 3 syrischen und libanesischen Grenzgebiete entsprechend der Resolutionen des UN-
- 4 Sicherheitsrats beendet und sich aus den nach Völkerrecht widerrechtlich besiedelten
- 5 Gebieten zurückzieht bzw. sich (ggfls. mittels Entschädigungsleistungen) insoweit neu
- 6 vereinbart.

## Antrag Dig01: Keine Ausgrenzung durch digitalen Zwang

<b>Antragsteller*in:</b>	Kreisverband Bad Tölz-Wolfratshausen
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	Dig - Digitalisierung

- 1 Die Bundesregierung muss eine verbindliche Vorgabe erarbeiten in der klar festgelegt
- 2 ist, dass Seniorinnen und Senioren, die (noch) keinen Zugang zu digitalen Medien
- 3 haben, keine Nachteile erfahren. Das heißt, alle Dienstleistungen und Angebote sowohl
- 4 von staatlichen Behörden als auch von Dienstleistern, die im Sinne der
- 5 Daseinsvorsorge tätig sind, wie Banken/Sparkassen, Post, ÖPNV, Deutsche Bahn u.a.
- 6 müssen bis auf Weiteres verpflichtend neben digitalen Zugängen auch analoge
- 7 Zugänge/Abwicklung ermöglichen. Den Menschen ohne digitalen Zugang dürfen dabei keine
- 8 Mehrkosten entstehen.

## Antrag Dig02: Medienkompetenz ausbauen

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	Dig - Digitalisierung

- 1 Der AG SPD 60 plus Bundeskongress 2024 in Berlin möge beschließen:
- 2 Die SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert sich dafür
- 3 einzusetzen, dass den Kommunen Handlungsanweisungen geben werden, damit die
- 4 Digitalisierung bürgernaher Dienste nicht zur Exklusion führt. Hierzu muss die

5 Medienkompetenz der älteren Menschen ausgebaut werden.

## Empfänger\*in(nen)

SPD-Parteivorstand

SPD-Landtagsfraktionen der Länder

## Antrag Dig03: Fahrkartensysteme seniorenrecht gestalten

<b>Antragsteller*in:</b>	60plus Landesverband Baden-Württemberg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	Dig - Digitalisierung

- 1 Die AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, von der Bundesregierung einen
- 2 Bericht zur Umsetzung und Weiterentwicklung eines auch für Senioren gerechten und
- 3 einfachen Fahrkartensystems vorzulegen.

## Empfänger\*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag Dig07: Digitalisierung

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesverband Saar
<b>Status:</b>	angenommen in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	Dig - Digitalisierung

- 1 Die Bundeskonferenz der AG SPD 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, über
- 2 Initiativen im Deutschen Bundestag den jeweils zuständigen Ministerien Gesetze,
- 3 Verordnungen oder Verfahrensvorschriften einzubringen, welche:
  
- 4 a) Eine „digitale Spaltung“ der Gesellschaft verhindert und die im Zuge der
- 5 Digitalisierung bereits entstandene (wie auch neue) Hürden vermeidet.
  
- 6 b) Transparenz gewährleisten
  
- 7 c) Bildung und Forschung umfassend in die Lage versetzen, den durch Digitalisierung
- 8 verursachten Bedarf bei Unterricht, Forschung und Lehre gerecht zu werden. Hierzu
- 9 bedarf es – neben einer modernen Ausrüstung mit Tablets und Smartphones – der
- 10 Rahmenregeln zum Umgang mit diesen, ebenso auch eine breit aufgestellte Weiterbildung
- 11 der Lehrerinnen und Lehrer.

## Empfänger\*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag K01: Klimaschutz, Tempobegrenzung auf deutschen Autobahnen

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesverband Saar
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	K - Klima

1 Die ordentliche Bundeskonferenz der AG 60 plus 2024 fordert die SPD-  
2 Bundestagsfraktion auf, umgehend einen Gesetzesentwurf im Deutschen Bundestag  
3 einzubringen mit dem Ziel eines Tempolimits (maximal 130 km/h) auf deutschen  
4 Autobahnen. Die Bundeskonferenz der AG 60 beruft sich hierbei nicht allein auf den  
5 Willen der überwiegenden Mehrheit innerhalb der deutschen Bevölkerung bzw. der  
6 deutschen Autofahrer (dies belegen repräsentative Umfragen), sie beruft sich auch auf  
7 alle Umweltverbände und den ADAC, auf aus jeweiliger Praxis gewonnenen Erkenntnisse  
8 der meisten Länder innerhalb und außerhalb Europas (Verkehrssicherheit!) und nicht  
9 zuletzt auf jüngst getätigte Aussagen des Staatssekretär im  
10 Bundesverkehrsministerium, Oliver Luksic (FDP). Nachdem nunmehr der Letztgenannte  
11 Verhandlungsbereitschaft signalisiert hat, sollte einem Gesetz noch in dieser  
12 Legislaturperiode nichts mehr im Wege stehen.

### Empfänger\*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag K02: Der Klimawandel beschleunigt sich – Der Umstieg auf regenerative Energien muss intensiviert und beschleunigt werden.

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD 60 plus Unterbezirk Stade
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	K - Klima

1 Das letzte Jahr zeigte, dass sich der Klimawandel stark beschleunigt hat. Seit  
2 mehreren Monaten werden jeweils die höchsten monatlichen Mittelwerttemperaturen seit  
3 Beginn der Klimaaufzeichnungen erreicht. Die im Pariser Klimavertrag festgelegten 1,5  
4 °C als Maximalwert für die Erhöhung der mittleren Erdtemperatur wurde im letzten Jahr  
5 erreicht. Nach allen wissenschaftlichen Prognosen steuern wir auf eine Erhöhung der  
6 mittleren globalen Temperatur um 3 – 4 °C an. Die Folgen sind schon jetzt zu  
7 beobachten: Extremwetterereignisse wie Starkregen, Dürren oder Orkane nehmen an Zahl  
8 und an Intensität zu. Tropenkrankheiten breiten sich nach Norden aus, da die  
9 Überträger bessere Lebensverhältnisse vorfinden. Landwirtschaft ist nicht mehr in  
10 allen Gebieten möglich, die Folge sind zunehmende Migrantenströme.

11 Wir fordern deshalb:

12 Die Nutzung regenerativer Energiequellen muss deutlich schneller und in größerem  
13 Umfang ausgebaut werden. Folgende Maßnahmen dafür kommen in Betracht:

- 14 1. Alle geeigneten Dachflächen müssen für Photovoltaikanlagen genutzt werden.
- 15 2. Der Bau von Anlagen soll gefördert werden.
- 16 3. Mieterstromanlagen sollen verstärkt ermöglicht werden u.a. durch Änderungen im  
17 Steuerrecht für Wohnbaugesellschaften.
- 18 4. Es müssen alle technisch Möglichen Verfahren zur Gewinnung von Strom aus  
19 Photovoltaikanlagen genutzt werden. Dies schließt Agroanlagen, die Nutzung von

- 20 Fassaden oder z.B. von Lärmschutzwänden ein.
- 21 5. Der Genehmigungsaufwand für Photovoltaikanlagen aller Art muss deutlich  
22 vermindert werden.
- 23 6. Die Nutzung der Windenergie muss ausgebaut werden.
- 24 7. Es müssen mehr Flächen Windkraftanlagen bereitgestellt werden.
- 25 8. Der Aufwand für die Genehmigung ist zu verringern, die Verfahren sind zu  
26 beschleunigen.
- 27 9. Die Genehmigung von Kleinwindanlagen muss deutlich erleichtert werden.
- 28 10. Die Nutzung von Bioenergie muss intensiviert werden. Dies soll aber nicht durch  
29 vermehrten Anbau von Energiepflanzen erfolgen, sondern durch verstärkte Nutzung  
30 von Bioabfällen aller Art.
- 31 11. In vielen Gebieten Deutschlands kann Geothermie z.B. für die Bereitstellung von  
32 Wärmeenergie genutzt werden. Der Bau von Geothermieanlagen ist zu fördern, die  
33 Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- 34 12. Eine verstärkte Nutzung von Wasserenergie durch neuartige Verfahren ist zu  
35 ermöglichen.
- 36 13. Die Speicherung von Energie muss vorrangig ausgebaut werden. Dazu gehören:  
37 - Großakkumulatoren zur direkten Stromspeicherung.  
38 - Produktion von Wasserstoff mit überschüssigem Strom.  
39 - Speicherung von Energie als Wärmeenergie.
- 40 14. Eine doppelte Besteuerung der gespeicherten Energie ist zu vermeiden.
- 41 15. Der Verbrauch von Energie muss vermindert werden. Alle Maßnahmen, die zu einer  
42 Absenkung des Energieverbrauches führen sind voranzutreiben.
- 43 16. Die Decarbonisierung der industriellen Produktion ist weiter zu beschleunigen.  
44 Entsprechende Produktionsprozesse, wie z. B. Eisengewinnung mit Wasserstoff sind  
45 zu fördern. Dabei soll vermieden werden, dass Produktionsprozesse mit hohen  
46 Kohlendioxidemissionen lediglich in anderen Länder verlegt werden.
- 47 17. Die Stromnetze müssen für den höhere Nutzung elektrischer Energie ausgebaut  
48 werden.
- 49 18. Für die Wärmeversorgung müssen mehr Fernwärmenetze eingerichtet werden. Dies ist  
50 besonders wichtig für Stadtgebiete, in denen eine Wärmeversorgung der Gebäude  
51 mit Wärmepumpen nicht möglich ist. Die Wärmeversorgung kann dann über ein  
52 Fernwärmenetz erfolgen, dass Wärme aus Abwärme erhält oder durch eine eigne  
53 Wärmepumpe (Großanlage) versorgt wird.

## Antrag K03: Keine Erhöhung der CO2 Bepreisung

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD 60 plus Landesverband Sachsen-Anhalt
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	K - Klima

- 1 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, keine Erhöhung der CO2 Bepreisung ohne  
2 Zahlung von Klimageld durchzuführen.

## Empfänger\*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

### Antrag M01: Bessere Teilhabe: Einführung von Seniorentickets

Antragsteller*in:	60plus-Bezirksvorstand Oberfranken, KV Hof-Stadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	M - Mobilität

- 1 Wir, die Antragstellerinnen, fordern ein bundesweit gültiges Seniorenticket.

## Empfänger\*in(nen)

SPD-Bundesparteitag

### Antrag M02: Einführung EU Behindertenausweis

Antragsteller*in:	Landesverband Berlin
Status:	angenommen
Sachgebiet:	M - Mobilität

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung werden
- 2 aufgefordert, sich für die umgehende Übernahme der EU Richtlinie vom 16.02.2024 zur
- 3 Einführung des Europäischen Behindertenausweises und des Europäischen Parkausweises
- 4 für Menschen mit Behinderung einzusetzen.

## Empfänger\*in(nen)

sozialdemokratische Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung

### Antrag M03: Elektrokleinfahrzeuge

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Sachgebiet:	M - Mobilität

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert bei der Neuregelung der
- 2 „**Elektrokleinstfahrzeugverordnung**“ darauf hinzuwirken, dass Fußgänger auf Fußwegen
- 3 geschützt werden. Erlaubnisse zum Befahren von Fußwegen müssen verhindert werden.

## Empfänger\*in(nen)

AG 60 plus Bundesvorstand

SPD-Bundestagsfraktion

### Antrag M04: Benzinpreise nur noch einmal täglich erhöhen

Antragsteller*in:	60 plus Hessen-Nord
-------------------	---------------------

<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	M - Mobilität

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, bei den Mineralölgesellschaften darauf  
2 hinzuwirken, ihre Preiserhöhungen an Tankstellen nur noch einmal täglich vorzunehmen,  
3 wie es bereits seit einigen Jahren in Österreich praktiziert wird.  
4 Darüber hinaus soll geprüft werden, nach Beispiel einer italienischen Regelung, die  
5 Tankstellen rechtlich zu verpflichten, durch Aushang über die örtlich günstigsten  
6 Kraftstoffpreise zu informieren.

## Antrag M05: Barrierefreie Apotheken, Arztpraxen und barrierefreie Behandlung

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD 60 plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	M - Mobilität

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass  
2 1. geprüft wird, dass alle neu einzurichtenden Apotheken und Arztpraxen einen  
3 barrierefreien Zugang haben müssen.  
4 2. eine barrierefreie ärztliche Behandlung in Medizinischen Ärztezentren und /  
5 oder in Gemeinschaftspraxen vorgehalten wird.

## Antrag M06: Deutschlandticket verstetigen

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD 60 plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	M - Mobilität

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und alle SPD-Landtagsfraktionen sollen sich dafür  
2 einsetzen, dass das Deutschlandticket verstetigt wird.  
3 Bei der Nutzung und dem Verkauf des Deutschlandtickets sollen folgende Anpassungen  
4 bzw. Ergänzungen vorgenommen werden, damit der Nutzung allen, insbesondere auch  
5 Älteren, ermöglicht wird:  
6 1. Der Erwerb des Deutschlandtickets (49€-Ticket) soll dahingehend ergänzt werden,  
7 dass es, unabhängig von einem Abonnement, auch für eine einmonatliche Dauer  
8 erworben werden kann.  
9 2. Der nicht-digitale Erwerb soll über das Jahr 2024 hinaus beibehalten werden.  
10 3. In Städten und Gemeinden sind Hilfsmöglichkeiten einzurichten, um insbesondere  
11 Älteren und Alten ohne Internetzugang bzw. Smartphone ein Deutschlandticket in  
12 Papier- oder Kartenform zu ermöglichen.  
13 4. Weitere Möglichkeiten der Personenbeförderung, die öffentlich gefördert werden,  
14 wie z. B. Fahren müssen mit dem Deutschlandticket für Fahrgäste nutzbar gemacht  
15 werden.  
16 5. Der Bund wird dringend aufgefordert, seine finanzielle Beteiligung von z. Zt.

- 17 1,5 Milliarden Euro mit einer Preisgleitklausel analog der Allgemeinen  
18 Preissteigerungen zu verstetigen.

## Antrag Org01: Grundsätze und Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften in der SPD

Antragsteller*in:	Landesverband Saar
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Org - Organisationspolitik

- 1 Die „Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der  
2 SPD“ gemäß § 10 des Organisationsstatuts im Teil „2. Aufgaben, Ziele und Angehörige  
3 der Arbeitsgemeinschaften“, hier Teil „b) Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus“ sind wie  
4 folgt zu ergänzen:  
5 „Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus ist der Ort, an dem Zielvorstellungen nicht nur  
6 für eine älter werdende Bevölkerung, Positionen und ggfls. Programme diskutiert,  
7 vorgedacht und vorformuliert werden, sondern auch zu tagespolitischen und  
8 grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Themen. Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus  
9 bringt ihre Positionen und Programme in die nach Parteistatut der SPD vorgesehenen  
10 Gremien ein und beteiligt sich insoweit an Beratungen und Beschlüssen.“  
11 Der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft 60 plus wird beauftragt, diesen Antrag zum  
12 nächstfolgenden Bundesparteitag einzubringen.

### Empfänger\*in(nen)

SPD-Parteivorstand

## Antrag Org02: Berichterstattung zum Arbeitsstand der angenommenen und beschlossenen Anträge durch den PV

Antragsteller*in:	SPD 60 plus Landesverband Sachsen
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Org - Organisationspolitik

- 1 Der Bundesvorstand (BuVo SPD AG60plus) wird aufgefordert, die zeitnahe  
2 Berichterstattung zum Bearbeitungsstand der angenommenen und übergebenen Anträge  
3 durch die Empfänger zu organisieren.

### Empfänger\*in(nen)

SPD 60 plus-Bundesvorstand

## Antrag Org03: Statutenänderung

Antragsteller*in:	SPD 60 plus Bezirk Hannover
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Org - Organisationspolitik

1 Unter Ziffer 3 im Allgemeinen Teil werden die Sätze 1 und 3 ersatzlos gestrichen und  
2 der Satz 3 wird dem nächsten Absatz angehängt. Der Absatz lautet dann wie folgt:

### 3 3. Stellung und Aufbau

4 Die Arbeitsgemeinschaften sind unselbständige Teile der Partei. Sie sind keine  
5 Gliederungen im Sinne des Organisationsstatuts.

6 Die Kompetenz zur Beschlussfassung über Bildung und Widerruf einer  
7 Arbeitsgemeinschaft sowie die Beschlussfassung über die Grundsätze für die Tätigkeit  
8 der Arbeitsgemeinschaften liegt allein beim Parteivorstand. Die Gliederungen der  
9 Partei sind an diese vom Partei-vorstand beschlossene Richtlinie gebunden. Eigene  
10 Richtlinien der Gliederungen dürfen dieser Richtlinie nicht widersprechen.

11 ~~Die Bildung der Arbeitsgemeinschaften in den Organisationsgliederungen erfolgt durch~~  
12 ~~Beschlussfassung des jeweils zuständigen Vorstandes der Partei. Der Beschluss ist~~  
13 ~~widerrufbar.~~

14 Grundsätzlich soll auf jeder Ebene des Parteaufbaus die Bildung von  
15 Arbeitsgemeinschaften ermöglicht werden, soweit die Mitglieder dazu den Wunsch und  
16 die Bereitschaft äußern.

17 Die Arbeitsgemeinschaft muss zumindest auf Bundesebene bestehen.

## Empfänger\*in(nen)

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundesparteitag

## Antrag P02: Pflege neu denken

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesverband Brandenburg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	P - Pflege

1 Prüfauftrag: Es ist zu prüfen, ob das von Fachleuten vertretene Zukunftsmodell  
2 „Caring Society“ (Sorgende Gesellschaft), bei dem Sorge an die Stelle von Pflege  
3 tritt, nicht eine sinnvolle Alternative für unser bisheriges System aus stationärer  
4 und ambulanter Pflege sein könnte. Es geht darum auch echte Alternativen zu denken,  
5 die auf Dauer ggf. einen geringeren Bedarf an professioneller Pflege erfordern und  
6 einen Mix mit lokaler Laienpflege in den Blick nehmen. Dabei muss eine gerechte und  
7 gleichmäßige Verteilung dieser Care-Aufgaben zwischen Geschlechtern und allen  
8 Altersstufen geachtet werden. Dafür können Pilotvorhaben befristet finanziert werden,  
9 um entsprechende Modelle zu testen.

## Antrag P04: Pflege-Bürgerversicherung jetzt!

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesverband Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	P - Pflege

1 Die AG 60 Plus unterstützt Bundesgesundheitsminister Lauterbach MdB mit seinen Plänen

- 2 zur Einführung einer Pflege- Bürgerversicherung zur Finanzierung der erwartbar  
3 steigenden Kosten für die Pflege in Deutschland. Es muss verhindert werden, dass  
4 Pflegebedürftigkeit (die jeden treffen kann) in der viertgrößten Volkswirtschaft der  
5 Welt zu einem allgemeinen Armutsrisiko wird.

## Empfänger\*in(nen)

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag P05: Transparenz der Kosten in Pflegeeinrichtungen herstellen

Antragsteller*in:	60 plus Hamburg
Status:	angenommen
Sachgebiet:	P - Pflege

- 1 Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür  
2 einzusetzen, dass
- 3 1. die Betreiber stationärer Pflegeeinrichtungen verpflichtet werden, die von den  
4 Pflegebedürftigen zu tragenden Kosten transparent zu machen,
  - 5 2. die Kosten für die Unterkunft nach den im Wohnraum-Mietrecht geltenden  
6 Grundsätzen gedeckelt werden; dies gilt insbesondere für die Investitions- und  
7 Modernisierungskosten,
  - 8 3. und die Personalkosten in voller (Tarif-)Höhe von den Pflegekassen zu tragen  
9 sind.

## Empfänger\*in(nen)

SPD-Bundesvorstand

SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag P06: Senkung der Kostenexplosion in der stationären Pflege

Antragsteller*in:	SPD 60 plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Sachgebiet:	P - Pflege

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die  
2 Pflegekosten in der stationären Pflege ab dem 1.1.2026 von einer  
3 Pflegevollversicherung abgedeckt werden.
- 4 Die Länder werden aufgefordert, Ihrer Verpflichtung zur Deckung der notwendigen  
5 Investitionskosten umfänglich und zügig nachzukommen.

## Antrag P07: Förderung von Pflegegenossenschaften

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD 60 plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	P - Pflege

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich
- 2 dafür einzusetzen, dass Genossenschaften, die eine Pflegeeinrichtung erstellen, zur
- 3 Finanzierung des Bauwerkes Förderungen und günstige Darlehen bekommen, die bei der
- 4 Investitionskostenberechnung als Reduzierung der Herstellungskosten zu
- 5 berücksichtigen sind und damit den Eigenanteil der zu Pflegenden reduzieren.

## Antrag P01: Erstellung eines „Masterplans Pflege“

<b>Antragsteller*in:</b>	SPD 60 plus Bundesvorstand, SPD 60 plus Landesverband Bayern, SPD 60 plus Landesverband Schleswig-Holstein
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	P - Pflege

- 1 Wir fordern auf, einen „Masterplan Pflege“ auszuarbeiten.
- 2 Angesichts des schlechten Zustandes unseres Pflegesystems muss die SPD dieses Thema
- 3 zu ihrer zentralen politischen Arbeit machen. Politik, Kranken- und Pflegekassen,
- 4 Arbeitgeber:innen und Gewerkschaften, Vertreter:innen der Versicherten/soziale
- 5 Selbstverwaltung sowie Betroffenen-Verbände können gemeinsam mehr in der Pflege
- 6 bewegen. Nicht zuletzt zeigt uns die Corona Pandemie, wie anfällig unser
- 7 Gesundheitssystem ist. Deshalb wird mit diesem Forderungskatalog eine umfassende
- 8 Restrukturierung unseres Pflegesystems mit sozialdemokratischem Anspruch
- 9 vorgeschlagen. Wir brauchen einen „Masterplan Pflege“, der sich nicht damit begnügt
- 10 Details zu korrigieren und an sogenannten „Stellschrauben“ zu drehen. Vielmehr gilt
- 11 es, den gesamten Pflegebereich und seine Einbettung in unser Gesundheitssystem auf
- 12 den Prüfstand zu stellen und angesichts des demographischen Wandels nachhaltig
- 13 zukunftsfähig zu verbessern. Dabei sind die unten aufgeführten Punkte zu beachten:
- 14 Zurück zur bedarfsgerechten Personalplanung statt Finanzierung über die sogenannten
- 15 Fallpauschalen.
- 16 Da das Finanzierungsmodell der Krankenhäuser über Fallpauschalen und DRG's (Diagnosis
- 17 related groups) bei uns genauso wie zuvor in anderen Ländern versagt hat. In der
- 18 Krankenpflege sowie in der ambulanten und stationären Altenpflege sind für alle
- 19 Fachbereiche Personaluntergrenzen auf Bundesebene gesetzlich festzulegen. Bis dies
- 20 erreicht ist, sind die Länder ermächtigt, über Landesgesetzgebung dies
- 21 sicherzustellen. Die Refinanzierung muss über die Kranken- und Pflegekassen
- 22 garantiert sein. Die gängige Praxis, dass Pflegebedürftige wegen der Fallpauschalen-
- 23 Regelung nicht austerapiert aus dem Krankenhaus entlassen werden und die weitere
- 24 Behandlungspflege der entlassenen Pflegeheimbewohner zu Lasten der Pflegekassen statt
- 25 der Krankenkassen geht, ist nicht weiter hinnehmbar und muss korrigiert werden. Die
- 26 Pflegeleistung wie auch der Patientenschlüssel in einem Krankenhaus oder Pflegeheim
- 27 werden als Qualitätsmerkmal definiert. Um die Durchsetzungsfähigkeit pflegerischer
- 28 Anliegen zu gewährleisten, sollen die Führungsgremien in Kliniken und
- 29 Pflegeeinrichtungen paritätisch mit Pflegedirektoren/-innen und medizinischem
- 30 Fachpersonal besetzt werden. Ausbildungssystem und Einwanderungsgesetzgebung sind der

31 künftigen Sicherstellung des Personalbedarfs anzupassen.

32 Zur Ermittlung des Fachkräftebedarfs wird ein bundeseinheitliches  
33 Fachkräftemonitoring auf der Grundlage fortlaufend aktualisierter regionaler Daten  
34 entwickelt. Um diese regionalen Daten zu erhalten, wird eine bundeseinheitliche  
35 Pflegeprognoseformel für die wahrscheinliche Pflegesituation in den Jahren 2025 und  
36 2030 ausgehend von den aktuellen Demographie-Werten für Kommunen zu entwickeln sein,  
37 damit Kommunen mit mehr als 5000 Einwohner:innen damit eine Berechnungs- und  
38 Versorgungsplanung durchführen können, wenn sie mehr als 20 – 25% Einwohner:innen  
39 über 60 Jahre haben. Abgeleitet von der Bedarfsprognose werden die erforderlichen  
40 Ausbildungskapazitäten der Bundesländer ermittelt. Diese setzen ihre  
41 Ausbildungskapazitäten entsprechend fest. Um den Bedarf der erforderlichen Lehrkräfte  
42 in Schulen und der Praxisanleiter/-innen in den Betrieben zu decken, werden Aus- und  
43 Weiterbildungsmöglichkeiten bedarfsgerecht erhöht. Um den Bedarf der  
44 Berufsfachschulen für Pflege zu decken, wird flächendeckend ein staatlicher  
45 Studiengang „Pflegepädagogik“ eingerichtet (in Bayern nur 7-mal angeboten). Die  
46 Anerkennung qualifizierter und qualifikationswilliger Migranten ist umgehend zu  
47 beschleunigen und zu entbürokratisieren. Bedarfsgerechte Integrationshilfen sind  
48 vorzusehen. Migranten, die bereit und fähig sind, in der Pflege zu arbeiten oder sich  
49 ausbilden zu lassen, erhalten kostenlose Sprachkurse. Herkömmliche Integrationskurse  
50 reichen nicht aus! Das Einwanderungsgesetz muss die Möglichkeit des „Spurwechsels“  
51 vom Asyl- ins Einwanderungsrecht ausdrücklich anbieten.

52 Überführung der Ausbildung zur Pflegefachkraft in das duale System. Die neue duale  
53 und generalistische dreijährige Ausbildung zur Pflegefachkraft soll Kern eines  
54 durchlässigen, und anschlussfähigen Ausbildungssystems werden. Die Helfer:in-  
55 Ausbildungen werden ebenfalls generalistisch ausgerichtet, ermöglichen  
56 Schulabschlüsse und sind anschlussfähig hin zur Fachkraftausbildung. Dabei ist  
57 sicherzustellen, dass eine Generalisierung der Ausbildung nicht zu Lasten der  
58 Pflegefachschulen geht. Akademische Weiterbildungen werden praxisgerecht ausgebaut.  
59 Ausbildung in Teilzeit muss ermöglicht und berufsbegleitende Ausbildung muss  
60 finanziell attraktiver werden. Auszubildende erhalten eine Ausbildungsvergütung gemäß  
61 Berufsbildungsgesetz BBiG. Wie in der dualen Ausbildung werden die Ausbildungsplätze  
62 in der Pflege an die Agentur für Arbeit gemeldet und dort statistisch erfasst. Dies  
63 ermöglicht eine bessere Vermittlungsquote der Bewerber:innen und erleichtert die  
64 Anpassung der Kapazitäten auf regionaler Ebene. Im Rahmen der Berufsorientierung in  
65 den Schulen und der Jugendberufsagenturen wird das Berufsbild Pflege offensiv,  
66 begleitet von einer bundesweiten Werbekampagne, integriert.

67 Sofortige Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsumfeld.

68 Das bedeutet im Wesentlichen:

69 + Sicherstellung der Fachkraftquote und Entbürokratisierung der Arbeit. +Verlässliche  
70 Dienstpläne, die familiengerechte Arbeits- und Freizeiten ermöglichen + keine  
71 Monsterschichten, geteilten Dienste oder Schaukelschichten

72 + Verbindliche Jahres- und Urlaubspläne, Aufbau entsprechender Springer-Pools

73 + betriebliches Gesundheitsmanagement, denn Pflege ist physische und psychische  
74 Schwerstarbeit

75 + Bauliche, technische und materielle Verbesserungen am Arbeitsplatz, Auflage eines

76 entsprechenden Investitionsprogramms.

77 Pflege ist eine Mensch-zu-Mensch Beziehung. Doch müssen Möglichkeiten der  
78 Digitalisierung genutzt werden, um die Qualität der Pflege zu erhöhen und  
79 Pflegekräfte zu entlasten. Gewonnene zeitliche Spielräume durch Digitalisierung,  
80 durch assistierte Lösungen oder durch Robotik dienen dazu, mehr Zeit für die Mensch-  
81 zu-Mensch-Beziehung in der Pflege zu gewinnen. Instabile IT und Zeitlupeninternet  
82 wirken jedoch entgegengesetzt und sind unzumutbar. Eine Entbürokratisierung, d.h. vor  
83 allem Verminderung des überbordenden Dokumentationsaufwandes, setzt Ressourcen frei.  
84 Gute Arbeitsbedingungen umfassen also eine Senkung der Arbeitsintensität durch  
85 bessere Personalausstattung, betriebliches Gesundheitsmanagement,  
86 Entbürokratisierung, Digitalisierung und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.  
87 Gute berufliche Fort- und Weiterbildung beugt Überforderung durch unzureichende  
88 Kenntnis vor, sichert eine gleichbleibende Qualität der Pflege, ermöglicht  
89 Aufstiegschancen und macht den Pflegeberuf insgesamt attraktiver.

90 Leistungsgerechte Bezahlung.

91 Mit den Sozialpartnern wird ein Pakt "Neustart in der Pflege" initiiert mit dem Ziel  
92 eines bundesweiten sozialen Flächentarifvertrags in Anlehnung an TVÖD, dem sich auch  
93 die gemeinnützigen und kirchlichen Träger anschließen haben. Seit dem 1. September  
94 2022 muss eine Pflegeeinrichtung, um als solche zugelassen zu sein, entweder selbst  
95 tarifgebunden sein oder ihre Pflege- und Betreuungskräfte mindestens in Höhe von in  
96 der Region anwendbaren Pflege-Tarifverträgen entlohnen. Die privaten Träger werden  
97 ihre Bezahlung somit automatisch anpassen müssen.

98 Im Gegenzug sind die Pflegekassen verpflichtet, die steigenden Lohnaufwendungen bei  
99 den Verhandlungen der Vergütung der Pflegeleistungen zu berücksichtigen und damit die  
100 Refinanzierung der Tarifbindung oder -orientierung zu gewährleisten.

101 Damit ist auch die Angleichung des immer noch unterschiedlichen Lohnniveaus zwischen  
102 Kranken- und Altenpflege gewährleistet. Für den künftigen Gesundheitsfachberuf  
103 "Pflegekraft", muss eine einheitliche Vergütung sichergestellt werden.

104 Zeitgemäße und praxisorientierte Qualitätssicherung.

105 Gute Pflege benötigt gute Qualität auch durch Aufsicht und Kontrolle. Im Pflegegesetz  
106 Zwei (PLG II) sind die Kontrollrechte des Medizinischen Dienstes der Kassen (MDK)  
107 gestärkt worden. Die Kassen müssen die Umsetzung sicherstellen. Dies darf aber nicht  
108 durch immer mehr bürokratische, damit pflegefremde Anforderungen erfolgen. Im Sinne  
109 einer Minderung des Dokumentationsaufwandes, damit Entbürokratisierung der  
110 pflegerischen Arbeit, ist eine Neugewichtung der Funktionen der Kontrollgremien  
111 Heimaufsicht und MDK hin zu mehr Beratung notwendig. Konkret heißt dies  
112 beispielsweise eine höhere Wertung des Zustandes eines Pflegebedürftigen als ein  
113 sechs Monate zurückliegender fehlender Eintrag in die Dokumentation. Bezüglich der  
114 häuslichen Pflege ist im Sozialgesetzbuch zwei (SGB II) vorgesehen, dass auch der  
115 Sozialhilfeträger die Prüfungen des MDK beauftragen kann. Beratungsbesuche bei  
116 pflegenden Angehörigen durch die Kassen sollen qualifiziert nach einheitlichen  
117 Standards durchgeführt werden. Auch Kontinuität in der Unterbringung und Betreuung  
118 sind ein wichtiges Qualitätsmerkmal, welche einer regelmäßigen Kontrolle bedürfen.

119 Unterstützung von pflegenden Angehörigen durch flächendeckende Pflegestützpunkte.

120 2008 wurden in der Pflegeversicherung ( § 92c SGB XI ) Pflegestützpunkte eingeführt,  
121 um eine flächendeckende, neutrale und niedrighschwellige Beratung für alle Angehörigen  
122 und Pflegebedürftigen zu schaffen. Diese Aufgabe haben die Länder sehr  
123 unterschiedlich umgesetzt' Deshalb müssen im SGB XI für das gesamte Bundesgebiet  
124 gesetzlich bindende Standards festgelegt und in allen Ländern einheitlich  
125 verwirklicht werden. Aus den bisherigen Erfahrungen kann auch eine qualitative  
126 Weiterentwicklung abgeleitet werden:

127 Vernetzung im Sozialraum, aufsuchende Beratung, interkulturelle Öffnung, aktive  
128 Begleitung der Digitalisierung sollen gestärkt werden. Beratungsangebote für  
129 pflegende Kinder und Jugendliche sowie für Familien, die ihre Kinder pflegen, müssen  
130 gestärkt werden. Dies trifft auch für die pflegenden Angehörigen zu, die Senior:innen  
131 zu Hause pflegen.

132 Pflegende Angehörige übernehmen derzeit mehr als dreiviertel der Pflegeleistungen in  
133 Deutschland Sie benötigen mehr finanzielle und strukturelle Unterstützung. Hierzu  
134 gehört ein deutlicher Ausbau der Angebote der Tages- und Kurzzeitpflegeplätze sowie  
135 eine höhere finanzielle Absicherung der Kurzzeitpflegeplätze. Es muss den pflegenden  
136 Angehörigen, die eine „24/7-Pflege“ übernehmen, ermöglichen den notwendigen  
137 Erholungsurlaub zu nehmen. Auch darf es nicht sein, dass pflegende Angehörige bei  
138 Inanspruchnahme eines Erholungsurlaubs und bei Ausfall durch Erkrankung im selben  
139 Kalenderjahr alle anfallenden Pflegekosten bei einer erneuten Unterbringung des zu  
140 Pflegenden zu zahlen. Daher müssen die Kosten für Kurzzeitpflege individuell so  
141 berechnet werden, dass sie die unterschiedliche Höhe des Pflegeaufwandes und das  
142 Risiko der Erkrankung der Pflegeperson innerhalb eines Kalenderjahres decken.

143 - Kostenübernahme / Nachtzuschläge in der ambulanten Pflege

144 Bis die Pflegevollversicherung greift, müssen mehr als 2 Termine pro Tag in  
145 besonderen Fällen maximal 3 Termine im ambulanten Bereich pro Person realisiert  
146 werden.

147 Ein Nachtdienst oder ein Notdienst wird nicht über die Pflegeversicherung finanziert,  
148 außer bei der Intensivpflege.

149 In diesem Zusammenhang muss, wie in anderen Berufen ebenfalls auch ein entsprechender  
150 Nachtzuschlag für die Mitarbeiter:innen gezahlt werden, der über die  
151 Pflegeversicherung gedeckt wird.

152 Bessere Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf.

153

154 Der VdK-Forderung folgend sind eine „Pflegepersonenzzeit und „Pflegepersonengeld“  
155 einzuführen. Dabei sind Pflegezeitgesetz (PflegeZG) und Familienpflegezeitgesetz  
156 (FPfZG) entsprechend zusammenzuführen und weiterzuentwickeln. Nutzerfreundliche  
157 Ausgestaltung des Rechtsanspruchs für pflegende Angehörige auf 10-tägige Freistellung  
158 mit Lohnfortzahlung, um einen niederschweligen Zugang analog zum Kinderkrankengeld  
159 zu ermöglichen. Freistellung sowie eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung über  
160 einen längeren Zeitraum, analog zum Elterngeld. Überarbeitung des Konzepts  
161 Familienpflegezeit. berücksichtigt werden sollen auch die Einbeziehung von  
162 Nichtfamilienangehörigen und existenzsichernde Teilzeitarbeit. Ein Rechtsanspruch zum  
163 Erwerb von Rentenansprüchen der berufstätigen pflegenden Angehörigen ist einzuführen  
164 und ggf. aus Bundesmitteln zu finanzieren.

165 Verstärkte Überführung ehrenamtlich zuhause Gepflegter in professionelle Pflege  
166 Aus qualifikatorischer und familienpsychologischer Sicht ist der Wechsel aus  
167 ehrenamtlicher, häuslicher Pflege zu professionellen häuslichen Pflegediensten bzw.  
168 stationären Einrichtungen zu fördern und zu unterstützen wo dies gewünscht wird. Das  
169 Selbstbestimmungsstärkungsgesetz soll dabei nicht unterlaufen, sondern eine gute und  
170 qualitative Pflege in der jeweiligen Lebenssituation ermöglicht werden.

171 Umwandlung der Pflegeversicherung in eine Vollversicherung mit festem Eigenanteil.  
172 1995 war die Einführung der Pflegeversicherung ein Meilenstein zur sozialen  
173 Absicherung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen. Doch obwohl Sie unter  
174 der Maßgabe eingeführt worden war, sie zu gegebener Zeit auf ihre Nachhaltigkeit und  
175 Tragfähigkeit zu überprüfen, hat diese Prüfung nie stattgefunden. Nach wie vor ist  
176 sie eine Teilversicherung, die nur einen festen Zuschuss zu den tatsächlichen  
177 Pflegekosten gewährt. Dadurch steigt der zu leistende Eigenanteil kontinuierlich an.  
178 Auch aufgrund des demographischen Wandels, wachsender Pflegebedürfnisse und moderner  
179 Familien- und Erwerbsstrukturen fordern wir daher entsprechend dem Vorbild der  
180 Krankenversicherung eine Pflegevollversicherung mit festem Eigenanteil. In diesem  
181 Zusammenhang sind aus Gründen der Transparenz, Gerechtigkeit und zur Vermeidung von  
182 Wettbewerbsverzerrungen eine Vereinheitlichung der Abrechnungsgrundlagen für  
183 stationäre und ambulante Pflege herbeizuführen.

184 Ein wichtiger Baustein der Kostenreduzierung sind die Investitionskosten.  
185 - Komplette Übernahme der Investitionskosten für die Einrichtungen durch die Länder  
186 (Keine Abwälzung auf Kommunen und Pflegebedürftige)  
187 - bzw. verstärkte Förderung von genossenschaftlichen betreuten Wohnungs- und  
188 Pflegeeinrichtungen durch Senioren:innen mit an dessen Einkommenssituation  
189 angepassten Förderbedingungen.

190 Insbesondere ist hier die Verordnung zu ändern, dass einige Länder trotz geringer  
191 Einkommen entsprechend dem sozialen Wohnraumförderungsgesetz kein Bezug einer  
192 geförderten Wohnung ermöglichen, wenn der Betreffende ein Wohneigentum hat. Das ist  
193 dahingehend zu ändern, dass Senioren, die sich mit ihrem früheren Einkommen  
194 Wohneigentum geschaffen haben und auf andere Weise keine ihrer Situation und ihrem  
195 Einkommen entsprechende angemessene betreute Wohnung beschaffen können, soziale  
196 Wohnraumförderung gewährt wird, wenn sie als Einlage in die Genossenschaft einen  
197 erheblichen Teil ihres Vermögens (aus Wohneigentum) einsetzen.

198 Entstehen dabei Tagespflege und Pflegewohngruppen in einer genossenschaftlich  
199 organisierten betreuten Wohnanlage sind die mit dem gleichen Verhältnis aus dem  
200 sozialen Wohnungsbau, wie die Wohnungen in der gesamten betreuten Wohnanlage zu  
201 fördern.

202 Damit entstehen kurzfristig mehr bezahlbare betreute Wohnungen, die mit Tagespflege  
203 und Wohngruppe die rein stationären Einrichtungen ergänzen und entlasten können.

204 Die Altersvorsorge für pflegende Angehörige ist der geleisteten Arbeit sowie dem  
205 Berufsrisiko anzupassen.

206 Die Arbeit in der Pflege ist, ebenso wie eine gesicherte Altersversorgung, Maßstab  
207 eines funktionierenden Sozialstaates. Berufstätige in der Pflege sollen deshalb

208 Anspruch auf eine Altersvorsorge haben, die jener der Bergleute unter Tage im Rahmen  
209 der knappschaftlichen Rentenversicherung entspricht. Auf Grund der vorteilhafteren  
210 Berechnungsfaktoren zeitlich früher eine höhere Rente bekommen zu können sowie  
211 bessere Bedingungen für Berufsunfähigkeitsrente und berufliche Reha, wäre auch Anreiz  
212 für eine entsprechende Berufswahl. Die Finanzierung der höheren Rentenbeträge hat aus  
213 Steuermitteln zu erfolgen, da zukunftsichere und menschenwürdige Pflege eine  
214 gesellschaftliche Verpflichtung darstellt, deren Kosten insofern nicht von den  
215 Beitragszahlern, sondern von der gesamten Steuergemeinschaft zu tragen sind. Die  
216 Steuermittel können über den bereits jetzt gezahlten jährlichen Bundeszuschuss an die  
217 gesamte Rentenversicherung bereitgestellt werden. Arbeits- und  
218 Ausbildungsunterbrechungen wegen Pflege von Familienangehörigen sind ebenso wie die  
219 Zeiten zur Überführung in stationäre Pflege als Anrechnungszeiten zu berücksichtigen.

220 Vermeidung von sachfremden Leistungen in der Pflegeversicherung  
221 - Rückerstattung der pandemiebedingten Zusatzkosten an die Pflegeversicherung aus  
222 Steuermitteln.

223 - Übernahme der kompletten Ausbildungskosten von Pflegenden durch den Staat  
224 (Bund, Land), nicht durch immer höhere Eigenanteile

225 - Finanzierung aller Sozialbeiträge für pflegende Angehörige aus Steuermitteln, nicht  
226 aus den Kassen der gesetzlich Versicherten. Dies trifft vor allem auf alle  
227 Rentenbeiträge zu.

228 - Übernahme der medizinischen Behandlungspflege (z. B. Blutdruck- und  
229 Zuckermessungen) durch die privaten und gesetzlichen Krankenkassen.

230 Die Mittel zur Finanzierung sind bereitzustellen.

231 Gegenstand dieses Antrags ist die zur Rettung der Pflege notwendige Neuausrichtung  
232 des politischen Handelns auf allen Ebenen, nicht dessen Finanzierung. Eine  
233 Finanzierung ist möglich. Entscheidend ist einzig und allein der politische Wille. So  
234 haben sich praktisch alle Bundesländer aus der Krankenhausfinanzierung immer mehr  
235 zurückgezogen, so dass notwendige Investitionen zunehmend aus den unzureichenden  
236 Betriebserlösen der Fallpauschalen sowie der Kreishaushalte geleistet werden. Wir  
237 fordern deshalb den Wiedereinstieg in die Krankenhausfinanzierung gemäß Gesetz (KFG)  
238 durch die Bundesländer.

239 Pflege gehört in die Mitte unserer Gesellschaft.

240 Entscheidungen in der Pflege werden nicht nur für die eine Million professionell  
241 Pflegenden, sondern sie werden für jede Bürger:in spürbar sein. Denn jede/r ist  
242 irgendwann einmal in seinem Leben auf ein funktionierendes Pflegesystem angewiesen.  
243 Wie das Gesundheitssystem insgesamt, ist ein funktionierendes Pflegesystem deshalb  
244 ureigenste staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge und Verfassungsauftrag und gehört  
245 deshalb in öffentlicher Hand und nicht an die Börse. Die Kommunikation darüber muss  
246 in die Lebenswelten der Menschen getragen werden: Kita, Familie, Schule, Universität,  
247 Kultur, Arbeitsplatz, Sportverein, Seniorenorganisationen u.v.m. Pflege gehört zur  
248 Lebensplanung dazu.

249 Neben den Maßnahmen der Pflegeprognose und der Ermittlung des Fachkräftebedarfs sowie  
250 dem Zusammenspiel von Pflege und Krankenhausversorgung gehört auch der große Bereich  
251 der Prävention.

252 Die Menschen möchten möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Hierzu ist  
253 u.a. ein flächendeckender präventiver Hausbesuch ab dem 70. Lebensjahr in Deutschland  
254 zu etablieren. In einigen Bundesländern wird dies bereits sehr erfolgreich  
255 durchgeführt, allerdings nicht flächendeckend. Mit Hilfe des präventiven Hausbesuchs  
256 können durch kleine Unterstützungsmaßnahmen viele Menschen länger selbstbestimmt  
257 leben. Hierzu ist eine Finanzierung über die Pflege- und Krankenkassen realisierbar,  
258 da ja bereits andere Präventionsmaßnahmen zur Gesunderhaltung hieraus geleistet  
259 werden.

260 Auch muss bei Pflege stärker die Vernetzung von ärztlicher Versorgung,  
261 Krankenhausstrukturen, Pflegeheimen und Hospizen geplant und umgesetzt werden. Ohne  
262 ein aufeinander abgestimmtes und aus den Pflege- und Krankenkassen sowie mit  
263 staatlicher Unterstützung finanziertes Zusammenwirken, werden die Herausforderungen  
264 der kommenden Jahre kaum leistbar sein.

265 Die Notwendigkeit unseres Anliegens ergibt sich neben grundsätzlichen  
266 gesellschaftspolitischen und sozialen Begründungen aus der aktuellen Situation im  
267 Gesundheits- und Pflegebereich. Daher bitten wir um die Annahme dieses Antrages zum  
268 Wohle aller Beteiligten in der Pflege.

## **Antrag R02: Umlagefinanziertes Rentensystem erneuern und nach österreichischem Vorbild umbauen, zur sozialgerechten Altersversorgung und Verhinderung von Altersarmut**

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesverband Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	R - Rente

- 1 Der Bundesvorstand der AG 60 plus wird aufgefordert, aktiv mit anderen Landes- und  
2 Bundesverbänden, den Arbeitsgemeinschaften, den Sozialverbänden und den  
3 Gewerkschaften einen durchgreifenden Reformprozess in Gang zu setzen.
- 4 Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist als Fundament einer lebens-  
5 würdigen, sozialgerechten Altersversorgung zu sichern und auszubauen.
- 6 "Lösungselemente, wie in Österreich umgesetzt, sind hierbei wichtige Ansätze, die  
7 auch in die deutsche Debatte einfließen müssen: neben dem Gesamterwerbstätigensystem  
8 jedenfalls auch Beitragshöhe und -verteilung sowie die Mindestabsicherung".
- 9 Die Elemente des Reformprozesses sollten u.a. sein:
- 10 • Die zügige Schaffung einer armutsfesten Mindestrente nach entsprechender  
11 Beschäftigungsdauer und eine unverminderte Koppelung der GRV an die Arbeitsentgelte.
  - 12 • Über die als Verteidigungslinie gegenüber den aktuellen Angriffen durchgesetzte  
13 Haltelinie des Rentenniveaus von 48% bis 2039 hinaus die Entwicklung eines  
14 Aufbauplanes, der eine deutliche Erhöhung des Rentenniveaus zum Ziel hat.
  - 15 • Einführung einer Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen, Beamte, Mandatsträger  
16 und Selbständige.
  - 17 • Endlich eine klare Abgrenzung zwischen durch Arbeit erworbenen Ansprüchen und durch  
18 gesellschaftliche Erfordernisse und Entscheidungen bedingten Ausgleichszahlungen, die

- 19 ausnahmslos aus Steuermitteln finanziert werden müssen.
- 20 • deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze,
- 21 • keine Finanzierung über Aktienfonds

## Empfänger\*in(nen)

SPD-Bundesparteitag  
SPD-Parteivorstand

## Antrag R03: Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesverband Saar
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	R - Rente

- 1 Die Bundeskonferenz der AG 60 plus fordert den SPD-Parteivorstand und die SPD-  
2 Bundestagsfraktion auf, sich im Bundestag und Bundesrat für einen Inflationsausgleich  
3 für Rentnerinnen und Rentnern im Rahmen der Gleichbehandlung mit den Beschäftigten  
4 einzusetzen.
- 5 Wie bekannt können Arbeitgeber ihren Beschäftigten noch bis Ende 2024 die sogenannte  
6 Inflationsausgleichsprämie (IAP) als Leistung zur Abmilderung der Inflation gewähren  
7 – steuerfrei bis zu einem Betrag von 3.000 Euro. Der Tarifabschluss ÖD (sowie Bund)  
8 sieht eine analoge Regelung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst vor. Die  
9 einzelnen Länder übernehmen den Ausgleich auch auf die Beamtinnen und Beamte sowie  
10 deren Versorgungsempfänger und setzen damit auch ein Zeichen der Wertschätzung  
11 gegenüber ihren Beschäftigten und Versorgungsempfängern.
- 12 Die Bundeskonferenz der AG 60 missbilligt, dass bei den Versicherten der DRV von  
13 einer entsprechenden Gleichbehandlung sowie der dann nötigen Übertragung eines  
14 solchen Inflationsausgleiches nichts zu verspüren ist, und dass Verhandlungen und  
15 Diskussionen ohne positive Entscheidungen verliefen.
- 16 Darum wollen wir einen neuen Impuls gegenüber den politischen Verantwortlichen geben.  
17 Wir wollen das Thema erneut auf die Tagesordnung setzen und im Sinne der Rentnerinnen  
18 und Rentnern dafür sorgen, dass auch für sie eine positive Regelung herbeigeführt  
19 wird.

## Empfänger\*in(nen)

SPD-Parteivorstand  
SPD-Bundestagsfraktion

## Antrag R05: Finger weg von der Rentenversicherung

<b>Antragsteller*in:</b>	60 plus Köln
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	R - Rente

- 1 Die AG 60 Plus in der SPD hält es für grundsätzlich falsch im Zuge der

2 Haushaltsplanungen für 2025 den Bundeszuschuss für die RV- Bund erneut um 2 Mrd. Euro  
3 zu kürzen. Mit den geplanten und bereits beschlossenen mittelfristigen Einsparungen  
4 in Höhe von rund 8,8 Mrd. Euro seit 2021 wird zusätzlich das Vertrauen in die  
5 Leistungsfähigkeit des entscheidenden Elements der Altersversorgung der übergroßen  
6 Mehrheit der Bevölkerung unterminiert ohne verbesserte Lösungen für die Ausgestaltung  
7 einer auskömmlichen, armutsfesten Rente aufzuzeigen.

8 Im Grunde handelt es sich letztlich um eine Taschenspielerlei: Mit der Kürzung des  
9 Bundeszuschusses wird faktisch auf die Rücklagen der Rentenversicherung  
10 zurückgegriffen, die diese für die erwartbar steigenden Ausgaben dringend benötigt.  
11 Höhere Beiträge von Arbeitgebern und Versicherten zum Ausgleich wären die Folge.

12 Die AG 60 Plus fordert die SPD- Bundestagsabgeordneten auf sich im Rahmen der  
13 parlamentarischen Haushaltsberatungen für die Rücknahme der Kürzungen einzusetzen.

## Empfänger\*in(nen)

SPD Bundestagsfraktion

## Antrag R06: Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung

Antragsteller*in:	60 plus Nord-Niedersachsen
Status:	angenommen
Sachgebiet:	R - Rente

1 Der SPD-Parteitag möge beschließen:

2 Der SPD-Bundesvorstand verpflichtet sich, in das nächste Regierungsprogramm die  
3 Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer  
4 Erwerbstätigenversicherung, in die alle ohne Ausnahme einzahlen, weiterzuentwickeln.

## Antrag R07: Rente

Antragsteller*in:	SPD 60 plus Landesverband Rheinland-Pfalz
Status:	überwiesen
Sachgebiet:	R - Rente

1 Laut Rentenatlas 2023 (Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung) beziehen mehr  
2 als 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner eine gesetzliche Regelaltersrente. Sie  
3 beträgt für Männer im Durchschnitt netto 1.543,- Euro. Frauen beziehen im  
4 Durchschnitt nur 1.173,-Euro netto monatliche Altersrente ( nach mindestens 35  
5 Jahren Einzahlung der Rentenbeiträge). Nur 4,1 Millionen Betroffene haben zusätzlich  
6 Beiträge aus privater Vorsorge. Etwa 16 Millionen Rentenbezieher erhalten damit  
7 Zahlungen, die unterhalb der Armutsgrenze liegen, die in Deutschland 2024 mit 60 %  
8 des mittleren Arbeitseinkommens bestimmt ist.

9 Wir fordern einen Umbau des Rentensystems durch die Einführung einer  
10 Erwerbstätigenrente, in die alle Erwerbstätigen einzahlen, auch Beamte, Selbständige,  
11 militärische und zivile Dienste und Mandatsträger.

12 Bis zum Zustandekommen sind (Neu-) Renten und Pensionen schrittweise um den gleichen  
13 Prozentsatz anzugleichen, bis eine Gleichstellung bei einem Rentenniveau von 60%  
14 erreicht ist.

15 Für Rentnerinnen und Rentner, die mindestens 35 Jahre in Vollzeit gearbeitet haben,  
16 ist die Mindestrente auf einen Betrag oberhalb der Armutsgrenze festzulegen.

17 Um die Teilhabe nicht weiter einzuschränken, sind während der Umstellung Zahlungen.  
18 die den Pensionären gewährt werden, auch den Rentnerinnen und Rentnern zu leisten und  
19 nicht, wie beim Inflationsausgleich auf Kosten der Steuerzahlerinnen und  
20 Steuerzahler, nur an Pensionäre.

21 Die Finanzierung einer auskömmlichen Rente bedarf einer umfassenden Reform von  
22 Steuern auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit : durch gerechte Erbschaftssteuer  
23 und Vermögenssteuer, deutliche Entlastung bei der Einkommensteuer bis zu einem  
24 Einkommen von 50.000,- Euro p.a., , durch weitere progressive Staffelung bis zu  
25 einem Einkommen von 99.999,- Euro p.a. , Ab einem Einkommen von 200.000.-Euro soll  
26 ein Höchststeuersatz von 49 %e gelten. Kapitalertragssteuer bzw. Abgeltungssteuer  
27 soll mit dem höchstmöglichen Einkommensteuersatz direkt erhoben werden, bei  
28 weiterhin einem Steuerfreibetrag von 1.000,- Euro p.a. (Kleinanleger verrechnen die  
29 Kapitalertragssteuer mit ihrem persönlichen Steuersatz bei der  
30 Einkommensteuererklärung).

31 Unser Bundesvorstand muss jetzt handeln und Vorstellungen für die Befreiung der  
32 Rentnerinnen und Rentner aus der Armut entwickeln. Diese muss er kommunizieren und  
33 die Erwerbstätigenrente als für die SPD essentiell einbringen. Die SPD würde damit  
34 eine bei vielen Bürgerinnen und Bürgern verbreitete Forderung übernehmen. Es braucht  
35 gerechte Politik und Solidarität mit den Rentnerinnen und Rentnern, die 45 Jahre lang  
36 morgens um 6 Uhr aufgestanden sind und dieses Deutschland aufgebaut haben.

## Antrag St01: Gerechte Steuern

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesverband Saar
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	St - Steuerpolitik

1 Die „Ordentliche Bundeskonferenz der AG SPD 60 plus 2024“ fordert die Mitglieder der  
2 SPD in der Bundesregierung und in den Parlamenten auf, sich für Steuergerechtigkeit  
3 einsetzen und beschließen:

4 1. Übergewinne konsequent besteuern: Die im Zuge von Krisen stark gestiegenen (Über-)  
5 Gewinne, z.B. im Lebensmittel-, Rüstungs- und Energiesektor, sollten mit Steuersätzen  
6 von mindestens 50 Prozent abgeschöpft werden.

7 2. Eine einmalige Solidaritätsabgabe erheben: In Krisenzeiten müssen insbesondere die  
8 vermögendsten Teile der Gesellschaft mehr zu ihrer Bewältigung beitragen. Daher  
9 sollte eine einmalige Solidaritätsabgabe auf Milliarden-/ Millionenvermögen erhoben  
10 werden.

- 11 3. Vermögenssteuer wieder erheben: Führende Institutionen, wie z.B. der IWF,  
12 empfehlen eine stärkere Besteuerung von hohem Vermögen. Mittelfristiges Ziel sollte  
13 eine dauerhafte Besteuerung des Nettovermögens des reichsten Prozents der Bevölkerung  
14 mit hohen Steuersätzen auf Milliarden- und Millionenvermögen sein, um die  
15 Vermögensungleichheit zu verringern.
- 16 4. Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer beenden: Sehr hohe Vermögen werden bei der  
17 Erbschaftssteuer begünstigt. Sie profitieren z.B. von weitreichenden Ausnahmen bei  
18 der Weitergabe von hochprofitablen Familienunternehmen.
- 19 5. Steuerschlupflöcher konsequenter als bisher schließen. U. a. ist zu verbieten das  
20 Anlegen von in Deutschland erwirtschafteten Gewinnen / Vermögen in Steueroasen, wo  
21 sie nur einen extrem niedrigen Steuersatz zahlen. „Steueroasen“ müssen auf eine  
22 Schwarze Liste gesetzt und sanktioniert werden.
- 23 6. Gewinnausschüttungen verbieten, wenn Unternehmen staatliche Hilfen, wie zum  
24 Beispiel Kurzarbeit, in Anspruch genommen haben.

## Antrag St02: Ehrenamtszuschale auch für politische Arbeit

Antragsteller*in:	60 plus Bezirk Braunschweig
Status:	angenommen
Sachgebiet:	St - Steuerpolitik

- 1 Der SPD Bezirk Braunschweig fordert die politisch verantwortlichen Gremien der SPD  
2 auf, sich für eine steuerrechtliche Gesetzesanpassung einzusetzen, um die  
3 ehrenamtliche Arbeit von Vorstandsmitgliedern in Arbeitsgruppen und anderen  
4 Vorständen von politischen demokratischen Parteien finanziell zu unterstützen.

## Antrag St03: Reduzierung der Mehrwertsteuer für Strom und Gaslieferungen

Antragsteller*in:	60 plus Hessen-Nord
Status:	überwiesen
Sachgebiet:	St - Steuerpolitik

- 1 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, die MwSt. auf Strom und  
2 Gaslieferungen für Endverbraucher auf dauerhaft 7% zu senken.

## Antrag St04: Das Ehrenamt stärken

Antragsteller*in:	SPD 60 plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Sachgebiet:	St - Steuerpolitik

- 1 Die Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass das Ehrenamt gestärkt,  
2 entlastet und somit auch mehr wertgeschätzt wird.
- 3 Finanzielle Nachteile sind nicht hinnehmbar und müssen abgebaut werden. Dazu gehören  
4 auch steuerliche Nachteile durch eine ehrenamtliche Tätigkeit.

## Antrag St05: Besondere Rolle der Sparkassen - Erinnerung an das Gemeinwohl

Antragsteller*in:	SPD 60 plus Landesverband Sachsen-Anhalt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	St - Steuerpolitik

- 1 Sparkassen haben nach EU-Recht eine besondere Funktion, denn sie sind Anstalten
- 2 öffentlichen Rechts. Sie müssen diesem Anspruch gerecht werden, trotz des Strebens
- 3 nach Gewinn und Behauptung im Markt den Banken gegenüber. Die Länderparlamente müssen
- 4 deshalb die Landessparkassengesetze verschärfen und klare Vorgaben für die
- 5 flächendeckende Versorgung formulieren.

### Empfänger\*in(nen)

SPD-Landtagsfraktionen

## Antrag W01: Die Landes-AG60plus fordert, dass der soziale und altersgerechte Wohnungsbau sowie das Mehrgenerationswohnen gestärkt wird.

Antragsteller*in:	SPD 60 plus Landesverband Sachsen-Anhalt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	W - Wohnen

- 1 Der Landesvorstand der AG 60 plus von Sachsen-Anhalt fordert, dass der soziale
- 2 Wohnungsbau landes- und bundesweit gestärkt wird, um breiten Bevölkerungsschichten
- 3 angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu verschaffen.
- 4 Sozialer Wohnungsbau ist als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern, Landkreisen und
- 5 Kommunen zu stärken. Er umfasst neben dem Mietwohnungsbau und dem Kauf von
- 6 Belegungsrechten auch die Wohneigentumsbildung für einkommensschwache
- 7 Bevölkerungsschichten. Des Weiteren sind altengerechter und barrierefreier Umbau
- 8 sowie energetische Sanierungsmaßnahmen zu fördern.
- 9 Die Mietpreisbindungsfristen für geförderten Wohnraum sind angemessen zu verlängern,
- 10 um nachhaltig bezahlbar Mieten zu gewährleisten, Fehlbelegungen sozialer Wohnungen
- 11 sind zu vermeiden und die dazu notwendigen wirksamen Kontrollmechanismen zu schaffen.
- 12 Wir wollen langfristig ein Eigentumsmodell erreichen, bei dem der Gewinn aus
- 13 Bodenwertsteigerungen nicht bei Immobilieneigentümer\*innen und Spekulanten verbleibt,
- 14 sondern den Gemeinden zu Gute kommt. Hierfür soll der Grund und Boden und die Bau-
- 15 und Nutzungsrechte anschließend nur noch in Erbpacht- oder ähnlichen Modellen
- 16 vergeben werden.
- 17 Das Bundesbaugesetz und die Länderbaugesetze sind dahingehend zu ergänzen, dass
- 18 Neubauten grundsätzlich nur noch barrierefrei errichtet werden.
- 19 Darüber hinaus sollte die Anhebung der Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen –
- 20 Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften, genossenschaftliches und betreutes Wohnen
- 21 erfolgen.

## Weitere Anträge:

abgelehnt: Au02, R01

erledigt: Au05, Dig05, Dig06, Dig08, Dig09, M07, M08, R04